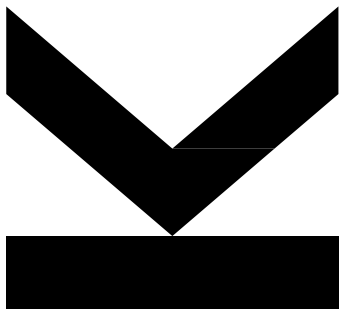


THE EUROPEAN NETWORK FOR
SOCIAL POLICY ANALYSIS



ESPanet Austria 2018 - Zweite Forschungskonferenz Sozialpolitik

05. - 06. April 2018, JKU Linz

ABSTRACTSAMMLUNG

Kontakt
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
Ingrid Gutenbrunner / Irene Perndorfer
Office
T +43 732 2468 7161
espanet2018@jku.at

JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ
Altenberger Straße 69
4040 Linz, Österreich
www.jku.at
DVR 0093696

ÜBERSICHT

Donnerstag, 05. April 2018	4
13:30 – 15:30 Uhr: Panel Session I	4
(1) Langzeitpflege: Gestaltungsoptionen und deren Auswirkungen	4
(2) Arbeitsmarkt: Regimes, Politiken und Performance.....	8
16:00 – 18:00 Uhr: Panel Session II	11
(3) Care and Control – Fördern und Lenken: Die andere Seite der Sozialpolitik	11
(4) Mikro-Strukturen von Ungleichheit und sozialer Sicherung.....	14
 Freitag, 06. April 2018	 18
09:15 – 10:45 Uhr: Panel Session III	18
(5) Trägerstrukturen und Netzwerke in der Familienpolitik	18
(6) Sozialpolitische Bearbeitung von Ungleichheit und Armut – Politikfelder jenseits der „üblichen Verdächtigen“	20
11:15 – 12:45 Uhr: Panel Session IV	23
(7) Policy Design im Gesundheitswesen und im sozialpolitischen Einsatz neuer Technologien..	23
(8) Migration und der sozialpolitische Umgang mit Diversität	25

ABSTRACTS

Donnerstag, 05. April 2018

13:30 – 15:30 Uhr: Panel Session I

(1) Langzeitpflege: Gestaltungsoptionen und deren Auswirkungen

Pflegekarenz und Pflegezeit in Österreich: Sozialpolitische Analysen und empirische Befunde

Ingrid Mairhuber und Karin Sardadvar, Februar 2018

Obwohl rund 80 Prozent der Betreuung und Pflege in Österreich durch Angehörige erfolgen und von diesen etwa die Hälfte erwerbstätig ist, baut das österreichische Langzeitpflegeregime weiterhin maßgeblich auf der Idee einer nicht erwerbstätigen pflegenden Angehörigen auf. Grundlage dafür bildet das 1993 eingeführte Pflegegeld, das nur einen Teil der pflegebedingten Kosten abdeckt. Auch die Regelungen in den Jahrzehnten nach Einführung des Pflegegeldes gingen weiter in Richtung einer vergeschlechtlichten Familialisierung der Langzeitpflege.

2014 wurde indes mit der bezahlten Pflegekarenz und -zeit eine Maßnahme eingeführt, die explizit auf die Förderung einer parallelen Vereinbarkeit bzw. eines nur kurzen Ausstiegs aus der Erwerbstätigkeit aufgrund von Angehörigenpflege abzielt. Lässt sich dies als eine Neuausrichtung im österreichischen Pflegesystem analysieren? Und welche ersten Erfahrungen mit der Nutzung bestehen auf Seiten pflegender Angehöriger? Diese Fragen diskutieren wir, indem wir zwei methodische Zugänge und Analyseperspektiven zusammenführen: eine politikwissenschaftliche Analyse zum Design der Maßnahme und ihrer widersprüchlichen Einbettung in das österreichische Langzeitpflegeregime sowie Ergebnisse qualitativer empirischer Fallstudien mit pflegenden Angehörigen. Abschließend skizzieren wir Veränderungsmaßnahmen, die erforderlich wären, damit es zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation erwerbstätiger pflegender Angehöriger in Österreich kommen kann.

Der Beitrag basiert auf dem 2017 abgeschlossenen Projekt „Erwerbstätige pflegende Angehörige in Österreich: Herausforderungen im Alltag und für die Politik“, unterstützt durch Fördergeld des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Projektnummer 16049). Der Vortrag stützt sich vor allem auf die im folgenden Paper veröffentlichten Teilergebnisse des Projekts: Mairhuber, Ingrid, Sardadvar, Karin. 2017. Pflegekarenz und Pflegezeit in Österreich: Eine Neuausrichtung im Langzeitpflegeregime? Folgen, Potenziale und Grenzen einer Maßnahme zur 'Vereinbarkeit' von Erwerbsarbeit und Care, in: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26 (2), 47-61.

Kontakt:

Dr. Karin Sardadvar

Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung, WU Wien, karin.sardadvar@wu.ac.at

Dr. Ingrid Mairhuber

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), mairhuber@forba.at

Prävention in der Langzeitpflege - Die Wirkungen einer App für pflegebedürftige Menschen zur Förderung der Bewegung im Alltag

Birgit Trukeschitz, Marlene Blüher, Siegfried Eisenberg, Susanne Ring-Dimitriou und Cornelia Schneider

Gemeinsame Präsentation von Marlene Blüher und Siegfried Eisenberg

Hintergrund

Ein Ansatz dem demographisch bedingten Anstieg betreuungs- und pflegebedürftiger Menschen auf der Nachfrageseite entgegen zu wirken, ist die Gesundheit und Aktivität älterer Menschen mit und ohne Einschränkungen möglichst lange zu erhalten. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet Bewegung, auch wenn der Alltag nicht mehr alleine bewältigt werden kann.

In Österreich und Italien hatten Menschen, die mobile Betreuung/Pflege bezogen, über einen Zeitraum von 8 Monaten die Gelegenheit, ein technologisch unterstütztes Bewegungsprogramm auszuprobieren. Auf einem Tablet waren sich täglich abwechselnde Übungsvideos in einem 10-Minuten Programm zur Förderung der Kraft, Beweglichkeit und des Gleichgewichtssinns verfügbar. Einmal in der Woche wurde ein Tipp angezeigt, der zu mehr Bewegung animieren sollte. Mit dem Fitnessarmband konnten Schritte gezählt werden und das Ausmaß der Bewegung auf einer Übersicht am Tablet abgelesen werden.

Zielsetzung

Ziel ist es, zu prüfen, ob Ergebnisindikatoren, die das Bewegungsausmaß, das Wissen und die Einstellungen zur Bewegung und Gesundheit, die Fähigkeit zu Aktivitäten des täglichen Lebens und die Lebensqualität abbilden, durch eine App mit einem Bewegungsprogramm für pflegebedürftige Menschen positiv beeinflusst werden.

Methode

Durchgeführt wurde ein Quasi-Experiment mit Kontrollgruppe im Bundesland Salzburg (Österreich) und in der Lombardei (Italien). Test- und Kontrollgruppe bildeten sich aus je ca. 50 KundInnen der mobilen Pflege. Über zwei Zeitpunkte (vor Beginn der Testphase und nach 4 Monaten) wurden die oben genannten Ergebnisgrößen mittels Selbstauskunft über Fragebogenerhebungen gemessen. Mit Hilfe von Matching-Verfahren und Panelregressionen werden kausale Effekte der Fitness-App für pflegebedürftige Menschen ermittelt.

Ergebnisse und Diskussion

Erste Auswertungen lassen einen Einfluss auf manche der Ergebnisindikatoren erwarten. Gelingt es, pflegebedürftige Menschen für neue Technologien zu interessieren und im Idealfall zu mehr Bewegung zu animieren, eröffnen sich neue Möglichkeiten für die aktive Betreuung und den Erhalt von Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen, die im Alltag auf Hilfe angewiesen sind.

Kontakt:

Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Altersökonomie Welthandelsplatz 1, D4; 1020 Wien, Österreich

birgit.trukeschitz@wu.ac.at; marlene.blueher@wu.ac.at; siegfried.eisenberg@wu.ac.at

Universität Salzburg

Department of Sport Science and Kinesiology Schlossallee 49, 5400 Hallein, susanne.ring@sbg.ac.at

Salzburg Research Forschungsgesellschaft GmbH Jakob-Haringer Straße 5/6
5020 Salzburg cornelia.schneider@salzburgresearch.at

Soziale Ungleichheiten und Care: Klassen- und Schichtverhältnisse in der österreichischen 24-Stunden-Betreuung

Veronika Prieler, Michael Leiblfinger

Die 24-Stunden-Betreuung entwickelt sich nicht nur in Österreich zu einem wohlfahrtsstaatlich akzeptierten und geförderten Weg, Betreuungslücken dort zu füllen, wo vormalige Sorge- und Arbeitsarrangements in der Familie, zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern nicht mehr greifen. Bisherige Untersuchungen fokussieren auf CarearbeiterInnen und aufgrund des hohen Anteils an Frauen (aktuell rund 94%) sowie MigrantInnen (ca. 98%) wurden wiederholt Geschlechter- und Migrationsregime untersucht. Wenig(er) ist jedoch über die Inanspruchnehmenden der 24-Stunden-Betreuung und die zugrundeliegenden Klassenverhältnisse bekannt. Unser Beitrag setzt hier an und zeigt auf, inwiefern Sozialpolitik unterschiedliche Schichten adressiert und dadurch zur Verfestigung ungleicher Strukturen beiträgt. Gleichsam wird rekonstruiert, wen Home Care Agencies als VermittlerInnen zwischen CarearbeiterInnen und Inanspruch- nehmenden mit ihren Angeboten ansprechen. Die Analyse erfolgt dabei in zwei Schritten: Zunächst wird mithilfe einer umfassenden Policyanalyse die Schicht- bezogenheit der Ausgestaltung der 24-Stunden-Betreuung dargelegt. Erste Ergebnisse legen die Fokussierung auf Mittelschichten nahe, setzt das Live-In- Verhältnis doch beispielsweise Wohnraum für die Unterbringung der Betreuungskraft voraus. Basierend auf einer Vollerhebung der Internetauftritte von Home Care Agencies in Wien wird im zweiten Schritt durch eine Inhalts- und Medienanalyse gezeigt, dass Agenturen eine Mittel- und Oberschichtorientierung aufweisen. Anhand exemplarischer Beispiele illustrieren wir, wie dies über den Preis geschieht, sich in der Darstellung der Betreuten und deren Wohnumfeld in Bildern sowie in der Beschreibung des Dienstleistungsangebots als beispielsweise „exklusiv“ widerspiegelt. Als Fazit werden die zentralen Ergebnisse aus beiden Teilen zusammengefasst und abschließend zur Diskussion gestellt.

Veronika Prieler (veronika.prieler@jku.at) Michael Leiblfinger (michael.leiblfinger@jku.at) Johannes Kepler Universität
Institut für Soziologie
Abt. für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen Altenberger Straße 69
4040 Linz www.decentcarework.at

Veronika Prieler und Michael Leiblfinger sind ProjektmitarbeiterInnen in der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen des Instituts für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz. Diese Forschung ist Teil des D-A-CH-Projekts „Gute Sorgearbeit? Transnationale Home Care Arrangements“, eine Kooperation von Aranka Benazha, Helma Lutz und Ewa Palenga-Möllenbeck von der Goethe- Universität Frankfurt am Main/Deutschland, Brigitte Aulenbacher, Michael Leiblfinger und Veronika Prieler von der Johannes Kepler Universität Linz/Österreich und Karin Schwiter und Jennifer Steiner von der Universität Zürich/Schweiz. In Österreich wird das Vorhaben durch den Austrian Science Fund (FWF), Projektnummer I 3145 G-29, gefördert.

Anforderungen und Qualität in der 24-Stunden-Betreuung: Die Perspektiven von Angehörigen und HausärztInnen

Gudrun Bauer, Anja Lerch, Franz Kolland

Hintergrund

Die 24-Stunden-Betreuung durch PersonenbetreuerInnen aus zumeist osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten hat sich mittlerweile zu einem bedeutenden Angebot der Langzeitpflege und –betreuung in Österreich entwickelt. Während die Erfahrungen von migrantischen 24-Stunden-BetreuerInnen mit der Betreuungsarbeit bereits im Fokus zahlreicher Forschungen standen (z.B. Österle, Bauer 2016; Bauer, Österle 2016) wurden die Perspektiven von involvierten Angehörigen und HausärztInnen pflegebedürftiger Menschen bislang außer Acht gelassen. Dabei sind es gerade Angehörige als auch HausärztInnen, die eine zentrale Rolle für das Funktionieren dieses Betreuungsarrangements einnehmen.

Forschungsfrage

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen dieser Studie (Kolland, Bischof, Bauer, Lerch 2015) die Erfahrungen mit und Erwartungshaltungen von Angehörigen und HausärztInnen an eine 24-Stunden-Betreuung untersucht.

Methode

Basis bilden insgesamt 19 Interviews mit Angehörigen und HausärztInnen pflegebedürftiger Menschen, die eine 24-Stunden-Betreuung in Anspruch nehmen. Bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen wurde darauf geachtet, unterschiedliche Regionen im Bundesland Niederösterreich zu inkludieren, verschiedene Haushaltskonstellationen pflegebedürftiger Menschen zu berücksichtigen sowie die Erfahrungen mit einer 24-Stunden-Betreuung mit und ohne Agenturhintergrund zu beleuchten.

Ergebnisse und Diskussion

Die Ergebnisse zeigen auf, dass Angehörige in einem hohen Ausmaß in das Betreuungsarrangement involviert sind und die Situationsveränderung durch die 24-Stunden-Betreuung in vielfältiger Weise Erfahrungen nach sich zieht. Erwartungshaltungen werden insbesondere hinsichtlich der BetreuerInnen und Vermittlungsagenturen geäußert. Die Perspektive der HausärztInnen offenbart das Aufgabenspektrum, dem sich HausärztInnen im Rahmen einer 24-Stunden-Betreuung annehmen. Insgesamt betrachtet werden teils unterschiedliche Qualitätsvorstellungen für eine 24-Stunden-Betreuung aus Sicht von Angehörigen und aus Sicht von HausärztInnen deutlich. Dabei sind es vor allem an Vermittlungsagenturen gerichtete Qualitätskriterien, deren Einhaltung eine qualitätsvolle 24-Stunden-Betreuung für alle Involvierten sicherstellen könnte.

Kontakt:

Dr. Gudrun Bauer
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Berggasse 17, 1090 Wien
Tel: 01/319 45 05-24
Mail: bauer@euro.centre.org

(2) Arbeitsmarkt: Regimes, Politiken und Performance

Strong Governments, Precarious Workers: Labor Market Policy in the Era of Liberalization

Philip Rathgeb

Why do some European welfare states protect unemployed and inadequately employed workers ("outsiders") from economic uncertainty better than others? Philip Rathgeb's study of labor market policy change in three somewhat-similar small states - Austria, Denmark, and Sweden - explores this fundamental question. He does so by examining the distribution of power between trade unions and political parties, attempting to bridge these two lines of research - trade unions and party politics - that, with few exceptions, have advanced without a mutual exchange.

Inclusive trade unions have high political stakes in the protection of outsiders, because they incorporate workers at risk of unemployment into their representational outlook. Yet, the impact of union preferences has declined over time, with a shift in the balance of class power from labor to capital across the Western world. National governments have accordingly prioritized flexibility for employers over the social protection of outsiders. As a result, organized labor can only protect outsiders when governments are reliant on union consent for successful consensus mobilization. When governments have a united majority of seats, on the other hand, they are strong enough to exclude unions. *Strong Governments, Precarious Workers* calls into question the electoral responsiveness of national governments - and thus political parties - to the social needs of an increasingly numerous group of precarious workers. In the end, Rathgeb concludes that the weaker the government, the stronger the capacity of organized labor to enhance the social protection of precarious workers.

Kontakt:

Philip Rathgeb, University of Konstanz, Germany

E-Mail: philip.rathgeb@uni-konstanz.de

A Typology of labour market regimes and their performance during the crisis

Dennis Tamesberger and Franziska Foissner

The global crisis led to huge distortions of the labour markets in many European countries (Ellison/Berkele 2014). Most of the countries have established a set of measures to combat unemployment. Even though LMP has become an important area of social policy (Bonoli 2010), it seems to be an underexposed policy field in the research of welfare state developments (Cinalli/Giugni 2013). Most of the existing research on welfare states (see, inter alia Esping-Andersen 1990; Leibfried 1992; Saint-Arnaud/Bernhard 2003) followed a comprehensive approach with different aspects of the welfare states. Cinalli and Giugni (2013) arguing that for analysing policies against unemployment a stronger focus is necessary and besides the unemployment system, it is also necessary to consider the regulation of the labour market itself. The present article contributes to this discussion by a further investigation on labour market regimes in Europa. The article is guided by the following research questions:

Which labour market regimes can be identified in Europe?

Which influence do these regimes have on the labour market outcomes?

To answer the first research question a cluster analysis (ward-method (Bacher, Pöge and Wenzig 2010)) with legislation information as well as output variables are used for European countries in the time period 2008 until 2016. The result will be a typology of labour market regimes, which will be further described and analysed concerning their performance during the crisis. Here, the variables under investigations are the unemployment rate, long-term unemployment ratio and the employment rate.

Kontakt:

Dennis Tamesberger, Chamber of Labour, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz. E-Mail: Tamesberger.d@akooe.at

Franziska Foissner, Student at the Vienna University of Economics and business. E-Mail franzi.foissner@gmx.at

Literature

- Bacher, J. ; Pöge, A. and Wenzig, K. (2010): Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren. 3. Aufl. München: Oldenbourg.
- Cinalli, M./Giugni, M. (2013): New challenges for the welfare state: The emergences of youth unemployment regimes in Europe. *International Journal of Social Welfare*, 22, 290-299.
- Ellison, M./van Berckel, R. (2014): Innovative social and labour market policies in Europe in times of crisis. *International Social Security Review*, 67 (2), 1–9
- Esping-Andersen, G. (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Leibfried, S. (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community. In: Zsuzsa Ferge and Jon-Eivind Kolberg (ed.): *Social Policy in a Changing Europe*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 245–280.
- Saint-Arnaud, S./Bernhard, P. (2003): Convergence or Resilience? A Hierarchical Cluster Analysis of the Welfare Regimes in Advanced Countries. *Current Sociology* 51 (5), 499–527.

Probleme und Herausforderungen in der Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Menschen mit Behinderungen

Angela Wegscheider, Gerlinde Hauder, Melanie Schaur

Trotz bundesweiten Anstrengungen in der Arbeitsmarktintegration ist ein steter Anstieg arbeitssuchender Personen mit Behinderungen zu verzeichnen. Ebenso steigt die Zahl jener Menschen, die kategorisiert als (noch) erwerbsunfähig in Maßnahmen der Behindertenhilfe der Länder einer Beschäftigung nachgehen. Betroffen sind vor allem Menschen, die mit kognitiven, psychischen oder Mehrfachbeeinträchtigungen leben.

Im Rahmen eines anwendungsorientierten und auf den oberösterreichischen kontextbezogenen Forschungsprojektes¹ wurden in vergleichender Perspektive die Beschäftigungsmaßnahmen Berufliche Qualifizierung, Fähigkeitsorientierte Aktivität und Geschützte Arbeit (verankert im Oö. Chancengleichheitsgesetz) untersucht.

Der Forschungsfokus bezog sich auf die Analyse der Vorgaben im Vergleich zur Umsetzung der Leistungen. Verwendete Methoden waren die vergleichende Dokumenten- und Datenanalyse, die Auswertung von 27 Interviews mit Stakeholdern (Leitungsebene, Betriebs- und Programmverantwortliche, BetreuerInnen, VertreterInnen aus der sozialen Verwaltung und den Sozialversicherungen) und die teilnehmende Beobachtung in Einrichtungen von Trägerorganisationen. Im Zuge der Auswertung wurden Gemeinsamkeiten, Unterschiede, innovative Anwendungen sowie Probleme und Herausforderungen analysiert und Einschätzungen der zukünftigen Entwicklungen gegeben.

¹ Laufzeit: März 2017 - Februar 2018; Gefördert von fünf oberösterreichischen Trägerorganisationen (ARCUS Sozialnetzwerk, FAB Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung, Caritas für Menschen mit Behinderungen, Diakoniewerk OÖ und pro mente OÖ).

Der Vergleich der Beschäftigungsmaßnahmen mit internationalen Vorgaben zeigt, dass außer der Beruflichen Qualifizierung die angebotenen Leistungen nicht der Anforderung nach Inklusion und Gleichstellung entsprechen. Hauptkritikpunkte sind vor allem Separierung, mangelnder Sozialversicherungsschutz und unzureichende Bezahlung. Bei den nationalen Vorgaben bereitet die frühe bzw. bereits bei Jugendlichen vorgenommene unflexible Zuweisung zur Schutzkategorie „erwerbsunfähig“ Probleme. Wird eine Person als erwerbsunfähig eingestuft, hat sie keinen Anspruch auf arbeitsintegrative Leistungen des Bundes; sind nicht genügend Versicherungszeiten vorhanden, auch nicht auf eine Pension. Die detaillierten Vorgaben des Landes durch Rahmenrichtlinien und Leistungsvertrag lassen gemeinsam mit begrenzten Budgetmitteln kaum Spielraum, dennoch konnten innovative Praktiken bei den Leistungen der Träger beobachtet werden. Diese zeichneten sich besonders durch Sozialraum- und Personenorientierung, persönliches Engagement der (Bezugs-)BetreuerInnen und wirtschaftliches Handeln der Trägerorganisationen aus. Ein hemmendes Problem für die Weiterentwicklung der Betroffenen ist, dass es bei Geschützter Arbeit und Fähigkeitsorientierter Aktivität kaum Durchlässigkeit gibt.

Kontakt:

Johannes Kepler Universität Linz
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
Altenberger Str. 69, 4040 Linz
Angela.wegscheider@jku.at, 0732 2468 7154

Immigration and the Social Welfare State in Austria, Germany and Switzerland: A comparative meta-study.

Spahl, W., S. Weiß, J. Kohlenberger and I. Buber-Ennser

This meta-study investigates recent research on the effects of immigration on the welfare state in Austria, Germany and Switzerland. Due to the 2015 arrival of high numbers of refugees into Europe, the focus is on studies about asylum seekers, recognized refugees and, more generally, on forced migrants. In total, twenty recently published studies are scrutinized in a scoping review. Thereby, fiscal and macroeconomic consequences as well as the integration potential in the labour market are key topics. The studies included in the current meta-analysis yield diverse results and often do not find clear positive or negative effects, but present a variety of scenarios with differing assumptions. Our findings highlight several research gaps. First, existence as well as access to relevant data is scarce, especially at the individual level. Moreover, the funding situation for studies in the field deserves closer attention. Given the timeframe, there is a paucity of longitudinal data. Second, the majority of studies fail to clearly distinguish between different groups of migrants. Third, various recent studies have been commissioned by public or private sponsors and have not undergone scientific peer review. Moreover, a lack of self-reflexivity about possible limitations can be observed. Regarding future routes for research, two findings can be highlighted. First, nearly all studies stress the importance of human capital as a key factor for successful labour market integration. This includes educational levels as well as professional qualifications. The use of this human capital in the host country's labour market depends crucially on policy efforts. Second, results vary substantially by nationality, legal status, gender and other characteristics of immigrants.

Full Paper available as VID Working Paper

Spahl, W., S. Weiss, J. Kohlenberger and I. Buber-Ennser. 2017. "Immigration and the Social Welfare State in Austria, Germany and Switzerland: A comparative meta-study." Vienna Institute of Demography of the Austrian Academy of Sciences (VID/OEAW). *VID Working Paper* 18/2017. URL <https://www.oeaw.ac.at/vid/publications/serial-publications/vid-working-papers/>

Authors' Contacts

Wanda Spahl
MSc. (Vienna University of Economics and Business)
Graduate of Socio-Ecological Economics and Policy (SEEP)
Department of Political Science
University of Vienna *Universitätsstraße 7/Level 2 1010 Vienna*
wanda.spahl@gmail.com

Sabine Weiß
MSc. (Vienna University of Economics and Business)
Graduate of Socio-Ecological Economics and Policy (SEEP)
sabine.weiss@amsa.at

Dr. Judith Kohlenberger
Institute for Social Policy
Vienna University of Economics and Business
Welthandelsplatz 2
1020 Vienna
judith.kohlenberger@wu.ac.at

Dr. Isabella Buber-Ennser
Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital (IIASA, VID/ÖAW, WU),
Vienna Institute of Demography/Austrian Academy of Sciences
Welthandelsplatz 2/Level 2
1020 Vienna
Isabella.Buber-Ennser@oeaw.ac.at

16:00 – 18:00 Uhr: Panel Session II

(3) Care and Control – Fördern und Lenken: Die andere Seite der Sozialpolitik

Raschere Arbeitsmarktintegration durch Information und Reflexion? Ein Feldexperiment auf Basis des „Nudge“-Ansatzes

Monika Mühlböck*, Fabian Kalleitner*, Nadia Steiber** und Bernhard Kittel*

Ziel des Experiments war es herauszufinden, ob ein sogenannter „Nudge“ (also ein „sanfter Anstoß“) dazu beitragen kann, junge Arbeitslose beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Im Rahmen der Studie wurden geringfügige und kostengünstige Interventionen entwickelt: ein Video-Clip und/oder die Teilnahme an einer kurzen Befragung zum Thema Jobverlust, Jobsuche und Erwerbsarbeit. 28.000 zufällig ausgewählte junge Arbeitssuchende in Österreich erhielten per E-Mail einen Link zum Video bzw. zur Web-Befragung. Sowohl Video als auch Befragung zielten darauf ab, die jungen Erwachsenen über Strategien der Jobsuche zu informieren und sie dazu anzuregen, über die eigene Situation zu reflektieren. Ein halbes Jahr nach der Aussendung wurde evaluiert, ob diejenigen, die eine Intervention erhalten hatten, im Durchschnitt rascher eine neue Arbeitsstelle finden konnten, als die Personen in der Kontrollgruppe. Während sich für die Gesamtpopulation keine signifikanten Effekte der Interventionen nachweisen lassen, zeigt sich, dass Personen, die a priori über geringere Chancen am Arbeitsmarkt verfügen, von einer Kombination aus Befragung und Info-Clip profitieren können. Bei jener Intervention, bei der zunächst der Fragebogen ausgefüllt und im Anschluss der Info-Clip angesehen wurde, kam es für Personen mit niedrigem Bildungsniveau zu einer statistisch signifikanten Verbesserung der Arbeitsmarktintegration im Beobachtungszeitraum. Obwohl die Effekte nicht groß waren, sind sie dennoch im Vergleich zu den geschätzten kausalen

Effekten vieler Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beachtenswert, wenn man die geringen Kosten der Intervention berücksichtigt.

* Universität Wien, Institut für Wirtschaftssoziologie, Oskar-Morgenstern-Platz 1, 1090 Wien

** Institut für Höhere Studien, Josefstädter Straße 39, 1080 Wien

mo.muehlboeck@univie.ac.at

fabian.kalleitner@univie.ac.at

steiber@ihs.ac.at

bernhard.kittel@univie.ac.at

Die Not kennt kein Gebot? Überlegungen zu einem grundlegenden Paradox im Katastrophenschutz.

Sandra Maria Pfister:

Katastrophen haben einen dramatischen Charakter: Als „entsetzliche soziale Prozesse“ (Clausen), als existenzielle Bedrohungen gefährden sie Menschenleben, Infrastruktur, Sachwerte. Sie irritieren die gewohnten Routinen und Strukturen und damit stets auch die alltägliche, Sicherheit und Stabilität gewährende Ordnung. Dieser dramatische Charakter ist nicht nur hochgradig affektiv besetzt, sondern drängt die Gesellschaft zu einer Antwort. Solidarität und Mitgefühl wird beschworen, um eine Bandbreite an Maßnahmen zu mobilisieren und den Betroffenen rasch Hilfe zukommen zu lassen. Unter den schillernden Begriffen der humanitären Hilfeleistung, der Schadensabwehr oder Ähnlichem wird sodann alles daran gesetzt, diese Ideale zu verwirklichen, auch wenn damit Eingriffe in bürgerliche Freiheiten der Betroffenen einhergehen: So werden Katastrophenopfer aus Gefahrenzonen evakuiert und letztere abgesperrt, Vermögensbesitzer werden angehalten, Eingriffe in ihr Hab und Gut zu Gunsten der Katastrophenhilfe zu dulden, infektiöse Kranke oder Verdachtsfälle werden im Sinne der Allgemeinheit abgesondert oder unter Quarantäne gestellt, usw.

Scheint das dem Alltagsverständnis für Zwecke des Schutzes des Lebens und Eigentums und der Wahrung der Sicherheit wahrhaft plausibel, so zeigt sich hier bei näherem Hinblick doch ein ambivalenter Charakter zu verbergen, sofern hier auch ansonsten unantastbare Grundwerte suspendiert werden – und zwar auf eine (wenngleich nicht unhinterfragte aber doch) verhältnismäßig legitime Weise. Wenngleich die Notwendigkeit intervenierender Hilfsmaßnahmen nicht in Frage gestellt werden soll, gilt es vor diesem Hintergrund doch, sie analytisch nüchtern zu hinterfragen und ihren ambivalenten Charakter zu erkennen: Humanitäre Hilfeleistungen sind schlicht nicht *nur* Ausdruck *humanitärer* Praktiken, sondern stets *auch* situative Gelegenheiten, Herrschaft auszuüben und ggf. zu zementieren. Indem im Schutz der bedrohten Ordnung zentrale Grundwerte und Prinzipien dieser Ordnung aufgehoben werden, dient die Konstitution von „schützenswerten“ Gütern und Bedrohungen auch als Gelegenheit, illegitime Praktiken durchzusetzen bzw. auszuüben.

Die Ambivalenz bzw. die „zweite Seite“ der Katastrophenhilfe anhand „institutioneller Ausschnitte“ des Katastrophen- und Seuchenschutzes aufzuzeigen und die Rolle der narrativen Konstruktion der Bedrohung der Ordnung zu beleuchten, bildet den Anspruch des vorgeschlagenen Beitrages.

Sandra Maria Pfister:

Johannes Kepler Universität Linz

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Altenberger Str. 69, 4040 Linz

Sandra.pfister@jku.at

Flexible Parental Leave Regulations and Labour Market Outcomes for Women in Europe

Julia Knöbl

Parental leave regulations are part and parcel of European family policies. Despite common basic legislation, design and implementation vary substantially across the EU and so do labour market outcomes for women. Modern leave policies focus on reconciliation of work and family as well as equal gender division of market and care work. Previous research found that a moderate duration of leave enhances female labour market participation. It has also been argued that the option to take leave flexibly is a key factor to support dual-earner families. So far, however, no empirical evidence connects flexible leave taking to labour market outcomes in a cross-country setting.

To close this gap this work adds a flexibility measurement to the Equal Gender Division of Labour (EGDL)-Index by Helene Dearing (2016). The index measures the compliance of a countries leave policy to an 'ideal' model that grants 14 months of well-paid leave, where half of it is reserved for each parent and leave can be adapted to individual needs. It is then linked to employment and part-time rates of women and mothers as well as the gender pay gap.

Most countries attain a higher EGDL-score when flexible leave taking is considered. Correlation analysis and linear regressions show that the index helps to explain employment rates of mothers of a young child, the gender employment gap and the gender pay gap. Part-time rates of mothers and women in general do not seem to be strongly connected to the adjusted index. They rather depend on the general state of the economy. Robustness checks show that the inclusion of a flexibility measurement does make a difference as some countries' EGDL-scores react strongly to changes in the distribution of index weights. They also show that the inclusion of the flexibility measurement explains labour market outcomes better.

References:

Dearing, Helene. 2016. "Gender equality in the division of work: How to assess European leave policies regarding their compliance with an ideal leave model." *Journal of European Social Policy* 26 (3):234–247.

Julia Knöbl

julia.knoebl@gmail.com

Obere Ried 9, 1220 Wien

Vereinbarkeit und soziale Gerechtigkeit: Familienpolitische Intervention zwischen Geschlechtergerechtigkeit, frühkindlicher Förderung und Arbeitsmarktaktivierung

Margitta Mätzke

Ich werde in diesem Vortrag die wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen in den Bereichen der Geldtransfers und der sozialen Dienstleistungen im Hinblick auf die ihnen unterlegten Ziele und Politikkonzeptionen untersuchen. Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen hierbei die Entwicklungen in Österreich und Deutschland; jedoch werden auch international vergleichende Perspektiven und Impulse von der Europäischen Ebene betrachtet. Familienpolitische Intervention, so die These, *kann* ein emanzipatorisches Potenzial haben, sie kann sich jedoch auch „fordernd“ und mit instrumentellen Interessen an bestimmten Verhaltensweisen an Familien und Eltern wenden. Die Ausgestaltung der familienpolitischen Leistungen und Angebote bietet Anhaltspunkte, die eine Beurteilung der unterlegten Politik-Konzeptionen ansatzweise erlaubt, jedoch zeigt sich auch, dass sozialpolitische Maßnahmenbündel in ihrem Charakter nie aus einem Guss sind, häufig in ihren Gestaltungselementen widersprüchlich und umstritten, und dass daher Vorsicht vor übersteigerten Erwartungen an die sozial-planerische Lenkung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse geboten ist.

Kontakt:
Margitta Mätzke,
Johannes Kepler Universität Linz
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik
Altenberger Str. 69, 4040 Linz
margitta.maetzke@jku.at

(4) Mikro-Strukturen von Ungleichheit und sozialer Sicherung

What did you really earn last year? Explaining measurement error in survey income data

Stefan Angel, Franziska Disslbacher, Stefan Humer, Matthias Schnetzer

Of all micro-data, income plays an essential role for a variety of welfare indicators and policy questions. Income data is obtained either from household surveys or from administrative records. While policy recommendations are frequently based on survey data, issues of measurement error are often raised.

This paper analyses four sources of measurement error, namely (i) social desirability, (ii) socio-demographic characteristics of the respondent, (iii) the survey design, and (iv) the presence of learning effects. We use a unique dataset containing the Austrian 2008--2011 waves of EU-SILC. Thanks to a legal requirement, these data provide information on wages, pensions and unemployment benefits from *both* survey interviews *and* linked administrative records for the same individuals. Thus, we do not have to fall back on complex two-sample matching procedures like related studies.

Our empirical strategy is a three-step procedure. First, we apply a multinomial logit regression to assess the impact of the independent variables on the probability to over- or underreport income. Second, we estimate panel regressions to check for the presence of respondents' learning effects while controlling for unobserved individual characteristics. Third, based on an Owen decomposition we determine the relative importance of the error sources for misreporting.

We find strong evidence for a social desirability bias in income reporting (significant mean-reverting errors), while the presence of learning effects depends on the income type. The Owen value decomposition reveals that social desirability is a major explanation of misreporting in wages and pensions, whereas socio-demographic characteristics are most relevant for mismatches in unemployment benefits.

For policy makers, our results reveal that for some socio-demographic groups - including those most relevant for policymakers - survey income data may be an infirm ground for decision-making. Thus, investments in the development and accessibility of public administrative data, as an alternative, may pay-off for better targeted policies.

Stefan Angel^a, stefan.angel@wu.ac.at
Franziska Disslbacher^a, franziska.disslbacher@wu.ac.at
Stefan Humer^b, shumer@wu.ac.at
Matthias Schnetzer^c, Matthias.Schnetzer@akwien.at

^a Department of Socioeconomics, Vienna University of Economics and Business, Vienna, Austria

^b Economics of Inequality, Vienna University of Economics and Business, Vienna, Austria

^c Department of Economics, Federal Chamber of Labor, Vienna, Austria

^{a, b} Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien

^c Arbeiterkammer Wien, Prinz Eugenstraße 20-22, 1040 Wien

Intergenerationale soziale Mobilität in Österreich

Daniel Reiter

Dieser Beitrag befasst sich mit Aspekten der intergenerationalen Mobilität und Faktoren, die für den langfristigen sozioökonomischen Status von Individuen verantwortlich sind. Generell versteht man unter intergenerationaler sozialer Mobilität das im Stande sein der Nachfolgegeneration, einen höheren sozialen Status als die Elterngeneration zu erreichen. Werden aus Kindern reicher Eltern später reiche Erwachsene und aus Kindern armer Eltern arme Erwachsene, dann kann dies auf rigide Strukturen in der Gesellschaft zurückgeführt werden, welche unter anderem aus der Vererbung von Einkommen und Bildung resultieren (Corak 2013). Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der ökonomischen Situation der Elterngeneration und dem Bildungsstand sowie dem erzielbaren Einkommen der Nachfolgegeneration (OECD 2010; Causa und Johansson 2011; Altzinger und Schnetzer 2013; Fessler et al. 2012). Einerseits hängt das erzielbare Einkommen der Nachfolgegeneration unmittelbar vom eigenen Bildungsniveau ab, welches wiederum das Ergebnis privater und öffentlicher Investitionen ist. Fehlen private Bildungsinvestitionen aufgrund finanzieller Einschränkungen der Elternhaushalte, kann dies durch ein entsprechendes Angebot an öffentlichen Bildungseinrichtungen kompensiert werden. Das erzielbare Einkommen der nächsten Generation wird somit indirekt durch die finanzielle Situation der Elterngeneration beeinflusst, welche wiederum durch ihr eigenes Bildungsniveau bestimmt wird. Darüber hinaus spielen kulturelle und institutionelle Aspekte eine entscheidende Rolle für die intergenerationale soziale Mobilität, aber auch die genetische Veranlagung (Bowles und Gintis 2002).

In Österreich gibt es nur wenige Studien, die sich mit dem Thema intergenerationale Mobilität auseinandersetzen. Altzinger und Schnetzer (2013) untersuchten die intergenerationale Einkommensmobilität in Österreich im Kontext europäischer Wohlfahrtssysteme. Sie stellen fest, dass das Einkommen der Nachkommen entscheidend von der finanziellen Situation der Eltern abhängt. Zudem haben Schneebaum et al. (2015) jüngst die Rolle von Geschlecht und Migrationshintergrund in der intergenerationalen Bildungsmobilität analysiert. Die meisten Studien befassten sich bislang - mit Ausnahme von Causa und Johansson (2011) - entweder mit intergenerationaler Bildungsmobilität oder mit intergenerationaler Einkommensmobilität. In diesem Beitrag wird eine umfassendere Betrachtungsweise zugrunde gelegt, indem sowohl die ökonomische Situation als auch das Bildungsniveau der Elterngeneration kombiniert wird. Es kann empirisch gezeigt werden, dass die endogen bestimmte ökonomische Situation der Elterngeneration, die sich aus der Kombination von Bildungsniveau, beruflichem Status und weiteren soziodemografischen Merkmalen zusammensetzt, von grundlegender Bedeutung ist, wenn über Determinanten diskutiert wird, die den sozioökonomischen Status der nächsten Generation beeinflussen.

Aus sozialpolitischer Sicht gilt es eine hohe Mobilität zwischen Generationen anzustreben, um sozioökonomische Nachteile auszugleichen und so für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Denn wird die Bildung und das erzielbare Einkommen der Kinder zu einem großen Teil von der Bildung und dem Einkommen der Eltern determiniert, dann ist es um die Zukunftsperspektiven von Kindern aus sozial schwachen Familien schlecht bestellt.

Daniel Reiter B.A.(Econ.) M.A.(Econ.)

Universität Graz, Institut für Finanzwissenschaft und öffentliche Wirtschaft

Universitätsstraße 15/F4

A-8010 Graz

Email: daniel.reiter@uni-graz.at

Employment of older workers with ill health: A comparative analysis of the United States and Europe

Ben Baumberg Geiger^{*}, René Böheim[†] and Thomas Leoni[‡]

Over the last decades, policy-makers and the research community have devoted increasing attention to the link between health and labour market outcomes. A large share of the available literature, particularly in the economic field, is dedicated to the study of disability benefits and their effects on labour supply. Less attention has been paid to the employment situation of working-aged individuals with poor health, irrespective of their benefit status. The question if and in what form older persons remain employed when confronted with health problems is of crucial importance for their individual welfare as well as for the performance and sustainability of social protection systems. The aim of this paper is to contribute to the understanding of the labour market status and the factors determining the employment of older persons with poor health in a comparative perspective. We investigate persons aged over 50 using harmonized panel data from the Survey on Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE), the English Longitudinal Study on Ageing (ELSA) and from the Health and Retirement Study (HRS) for the United States, England and a set of Continental European countries over the period 2003 to 2015. Our focus is on workers with ill health, which we identify using a latent health measure based on a broad set of subjective and objective indicators (such as diagnosed medical conditions, activity limitations, body-mass-index, and others).

In a first step, we investigate employment outcomes for individuals along the health distribution for a large sample of 16 countries. We compare employment levels and their changes across countries as well as the situation within countries of persons with ill health relative to those with better health conditions, to identify a selection of countries that represent interesting case studies with respect to the labour market integration of older persons with health impairments. In a second step, we restrict our analysis to this selection of 8 countries and provide more fine-grained evidence along different dimensions, such as working hours and the combination of paid employment with benefit receipt. To shed light on the driving forces behind differences and changes in the employment likelihood, we also attempt to disentangle employment continuity (i.e. retention) from new employment (i.e. recruitment). We discuss our findings against the backdrop of differences and reforms in sickness and disability policies, in labour market institutions and in the importance of sheltered and subsidised employment.

^{*} School of Social Policy, Sociology and Social Research, University of Kent, Canterbury (UK); Email: b.b.geiger@kent.ac.uk.

[†] Department of Economics, Johannes Kepler University Linz, Linz (Austria); Email: Rene.Boeheim@jku.at.

[‡] Corresponding author: Austrian Institute of Economic Research (WIFO); Arsenal Objekt 20, 1030 Vienna (Austria); Phone: +43 (0)1 798 2601 215, Email: Thomas.Leoni@wifo.ac.at.

Künftiger Finanzierungsaufwand und volkswirtschaftlicher Impact der Pflege in Österreich

Ulrike Famira-Mühlberger, Matthias Firgo, Gerhard Streicher (WIFO)

Die öffentlichen Ausgaben für Pflegevorsorge werden, wie aktuelle Projektionen zeigen, bereits bis 2025 kräftig steigen. Unter der Annahme einer gleichbleibenden Betreuungsstruktur ergeben sich jedoch vor allem aufgrund der demographischen Entwicklung insbesondere zwischen 2025 und 2050 drastische Kostensteigerungen. Die Projektionen für das Pflegegeld zeigen bis 2025 gegenüber 2015 einen realen Ausgabenanstieg um etwa 12%, bis 2050 jedoch um 67%. In den von Ländern und

Gemeinden finanzierten Pflege- und Betreuungsdiensten erhöhen sich die öffentlichen Ausgaben bis 2025 bereits um knapp 50%, bis 2050 sogar um 360%.

Gemäß Schätzungen zu den regionalwirtschaftlichen Verflechtungen der Pflegedienste waren die öffentlichen und privaten Ausgaben für Pflege- und Betreuungsdienste von 3,4 Mrd. Euro im Jahr 2015 mit direkten, indirekten und induzierten Wertschöpfungseffekten von 5,9 Mrd. Euro sowie 115.000 Beschäftigungsverhältnissen (bzw. 86.500 Vollzeitäquivalenten) verbunden. Die Gesamtausgaben generieren somit ein Steueraufkommen von rund 1,1 Mrd. Euro und Sozialversicherungsabgaben von rund 1,3 Mrd. Euro. Die volkswirtschaftlichen Multiplikatoren des Pflegesektors sind aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern an den direkten Ausgaben und der damit verbundenen hohen direkten Wertschöpfung vergleichsweise hoch. Für die Abschätzung dieser Effekte wurde ASCANIO, ein regionales Wirtschaftsmodell des WIFO, verwendet. ASCANIO bildet die Verflechtungen zwischen den Wirtschaftssektoren auf der Ebene der österreichischen Bundesländer ab

Dieser Beitrag soll die jüngste WIFO Studie zum künftigen Finanzaufwand und volkswirtschaftlichen Impact inklusive der angewandten Methoden und verwendeten Daten darstellen und die Ergebnisse in die sozialpolitische Diskussion rund um Langzeitpflege in Österreich einbetten.

Kontakt:

Ulrike.Famira-Muehlberger@wifo.ac.at

Freitag, 06. April 2018

09:15 – 10:45 Uhr: Panel Session III

(5) Trägerstrukturen und Netzwerke in der Familienpolitik

The interplay of public and occupational work-family policies in Austria, Denmark, Italy, and the United Kingdom

Tobias Wiß, Bent Greve

This paper focuses on the interplay between public and occupational work-family policies in institutionally different countries (Austria, Denmark, Italy, and United Kingdom). Most of the studies so far have mainly been analysing the role of the state and public family policies, although firm-level activities matter a great deal for the combination of work and family life. For a comprehensive understanding of family policy we have to consider both, because firms may complement or substitute public efforts. Moreover, we lack knowledge about whether high levels of public family policies crowd out firm-level activities or whether they stimulate each other (crowding in). Therefore, the research question for this paper revolves around the combination of state and employer provision of work-family policies: How does the interplay between the state and firm level look like and can we detect crowding-out or crowding-in effects?

After the selection of our countries, based on the de-familisation typology, we point to public family policies (leave and childcare). Then follows the analysis of firm-level policies based on descriptive data for family-friendly working time arrangements and secondary literature for occupational leave policies.

As the main result, low to medium levels of public family policy do not encourage firm activities in Austria and Italy. In contrast, Denmark is an example of crowding-in with high levels of both public and occupational family policy, and the British public and firm activities supplement each other. Functionalistic approaches fail to explain the mix of public and occupational work-family policies, because firm-level policies are very common in Denmark despite already high public family policies, and firm-level activities in Italy are rather low despite low levels of public family policy. Normative pressure and the ideological perspective about who should care and who should work and how much seem to be a more promising explanation.

Tobias Wiß, Hertie School of Governance, Friedrichstr. 180, D-10117 Berlin (wiss@hertie-school.org)
From 1 March 2018: Department of Politics and Social Policy, Johannes Kepler University, Altenberger Str. 69, 4040 Linz (tobias.wiss@jku.at)

Bent Greve, Department of Society and Globalisation, Roskilde University, Universitetsvej 1, 4000 Roskilde (Denmark) (bgr@ruc.dk)

Die Standortwahl von Wiener Kindertagesheimen: Erfüllen Nonprofit Organisationen die lokale Nachfrage besser als öffentliche Institutionen?

engl. Location choice in the market for day care: Are nonprofits better able to meet local demand?

Astrid Pennerstorfer, Institut für Sozialpolitik, WU Wien
Dieter Pennerstorfer, Department of Economics, JKU Linz

The Viennese market for day care can be described as fast growing mixed market, offering day care for children between the ages zero and six. Nonprofit day care centers work next to public ones, but

sectoral growth can almost exclusively be ascribed to the expansion of nonprofit institutions. The article is concerned with the location choice of day care centers in Vienna. Day care service markets are geographically small; parents ideally prefer a child care institution being close to home. We have access to an extraordinary rich panel comprising the number of residents (including information on the age structure, educational and occupational status, as well as country of birth) at the 250m x 250m grid level for the entire Viennese metropolitan area and can thus assess local need for child care services very precisely.

In this article we investigate whether day care centers are located in places where they are needed and if nonprofit institutions are better able to meet local demand. In 1975, Weisbrod argued that nonprofits exist because they supply goods and services which are (quantitatively or qualitatively) under-supplied by other institutions (Weisbrod, 1975). This project focuses on the spatial dimension of supply and analyzes if nonprofit organizations can claim legitimacy by reducing a spatial under-supply of public agents. Deliberations on nonprofit failure, on the other hand, mention the inability of nonprofit organizations to sufficiently provide for "human services problems", especially due to lack of resources (Salamon, 1987).

Using data consisting of 1,257 nonprofit and 402 public day care centers for the years 2003-2014 we show that demand is indeed a strong determinant in the location choice of day care centers and that non-profits are better able to meet local demand than public institutions.

Literature

Salamon, L. M. (1987). Of Market Failure, Voluntary Failure, and Third-Party Government: Toward a Theory of Government-Nonprofit Relations in the Modern Welfare State. *Journal of Voluntary Action Research*, 16(1-2), 29-49. doi:10.1177/089976408701600104

Weisbrod, B. A. (1975). Toward a theory of the voluntary nonprofit sector in a three-sector economy. In E. S. Phelps (Ed.), *Altruism, Morality, and Economic Theory*. New York. Reprinted in S. Rose-Ackerman (ed.) (1986) *The Economics of Nonprofit Organizations: Studies in Structure and Policy*, Oxford University Press, New York: Russell Sage Foundation.

Name und Institution:

Ass.Prof. Dr. Astrid Pennerstorfer
WU Vienna University of Economics and Business
Department of Socioeconomics, Institute for Social Policy
Welthandelsplatz 1
1020 Wien
AUSTRIA
astrid.pennerstorfer@wu.ac.at

Early Childhood Intervention Networks in Austria – development and implementation

Theresa Bengough, Sophie Sagerschnig / Vortrag Gabriele Gruber, Sophie Sagerschnig

Background and research questions:

There is strong evidence that (social) determinants influence the development of cognitive, social and emotional skills during early childhood as well as long-term health and life perspectives. In 2014, a model for early childhood interventions was developed for Austria, combining both, universal and indicated prevention. The objective of this model is to reach and support families living under burdened life circumstances during pregnancy or within the first three years of a child. The indicated part in the form of regional early childhood intervention networks has been implemented in certain regions of all Austrian provinces. We intend to answer the following research questions: (a) What are the characteristics of the supported families? (b) What are resources and burdens of the supported families? (c) Do early childhood intervention networks reach their target groups?

Methods:

To standardize documentation among networks and generate data, a national documentation system for early childhood intervention networks was developed. Family supporters from all networks (except

Vorarlberg) document data on supported families. Analysis is carried out by the National Centre of Early Childhood Intervention (NZFH.at).

Results:

We are currently analysing data from 2017. Our conference contribution will be reporting on the number of families referred to early childhood intervention networks. Additionally, we will be reporting on data on reasons for referral as well as (socio-economic) characteristics of supported families. All presented data will be compared to data generated in 2016. Preliminary results of the evaluation show that early childhood intervention networks are able to reach socio-economically disadvantaged families and to provide services and interventions from the social and health care system according to their needs.

Conclusion:

Through different services and interventions, families are supported to take good care of their children, to strengthen their resources and reduce burdened life circumstances.

Both authors are affiliated with
Gesundheit Österreich GmbH
Stubenring 6
1010 Vienna
Theresa.bengough@goeg.at
Sophie.sagerschnig@goeg.at

(6) Sozialpolitische Bearbeitung von Ungleichheit und Armut – Politikfelder jenseits der „üblichen Verdächtigen“

Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die sozialpolitischen Herausforderungen moderner Gesellschaften und Ökonomien?

Hedwig Lutz, Christine Mayrhuber

Einbettung

Vor dem Hintergrund zunehmender Flexibilisierung und Individualisierung – in Verbindung mit der Erosion traditioneller familiärer Strukturen und der De-Standardisierung individueller Lebensbiographien – wuchs in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung der eigenen Erwerbsarbeit für die individuelle Existenzsicherung. Unterstützt wurde dieser Trend durch die Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme und den Ausbau der Sachleistungen zur Ermöglichung der Erwerbstätigkeit. Nach einer Phase wirtschaftlicher Prosperität und wachsender ökonomischer wie auch sozialer Inklusion in Europa, verliert Erwerbsarbeit jedoch zusehends ihre gesellschaftliche und nationalstaatliche Kohäsionsfunktion: Infolge zunehmender Arbeitsmarktflexibilisierung und De-Standardisierung von Beschäftigungsformen und Einkommensverhältnissen kann jederzeit die finanzielle Eigenständigkeit durch Jobverlust, Langzeitarbeitslosigkeit sowie den Anstieg prekärer Beschäftigungen mit geringen und unsicheren Einkommenserzielungschancen verloren gehen.

Unser Ausgangsbefund lautet, dass die gewachsenen erwerbszentrierten Sozialsysteme ihre Funktion der sozialen Absicherung für eine steigende Anzahl von Personen immer weniger erfüllen.

In das Spannungsverhältnis zwischen den seit dem Industriezeitalter gewachsenen traditionellen sozialstaatlichen Strukturen in einer globalen Dienstleistungsgesellschaft einerseits, und wachsenden Instabilitäten und De-Standardisierungen der privaten Lebensumstände wie auch steigender arbeitsmarktbezogener Risiken bezüglich Beschäftigung und Erwerbseinkommen andererseits wird das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE) als Lösungsansatz gestellt.

Zentrale Forschungsfrage und Ziel der Arbeit

Welche Rolle kann das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) einnehmen um der sinkenden sozialen Absicherung entgegenzuwirken?

Zur Beantwortung dieser Frage werden in der Arbeit unterschiedliche Modelle des BGE diskutiert und hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und Grenzen als Instrument in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit dem freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr skizziert.

Methode

Aufarbeitung und Systematisierung vorhandener ökonomischer Arbeiten zum BGE. Analyse der nationalstaatlich ausgerichteten Ansätze des BGE vor dem Hintergrund der institutionellen Gegebenheiten der Europäischen Union.

Disposition

Strukturelle Probleme der sozialen Absicherung bzw. der Sicherungssysteme in Österreich und Europa

Gegenüberstellung von Modellvarianten des Bedingungslosen Grundeinkommens
konservative/emanzipatorische Modelle

Analyse von Elementen eines BGE für spezifische Personengruppen

Mögliche Wirkungen des BGE im nationalstaatlichen Kontext

Möglichkeiten/Chancen des BGE für die Verbesserung der sozialen Absicherung der Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Hedwig Lutz

Institut für Wirtschaftsforschung

Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien

e-mail: Hedwig.Lutz@wifo.ac.at

Tele.: 01-7982601-237

Christine Mayrhuber

Institut für Wirtschaftsforschung

Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien

e-mail: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at

Tele.: 01-7982601-269

WOHNUNGSVERSORGUNG ALS ÖFFENTLICHE AUFGABE? ZUR TRANSFORMATION WOHLFAHRTSSTAATLICHER WOHNUNGSPOLITIKEN

Harald STÖGER

Das Forschungspaper thematisiert Rolle und Funktionswandel sozialer Wohnungsbestände im breiteren wohlfahrtsstaatlichen Kontext. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass sozial gebundene Wohnungsbestände drei differente Funktionen für die Wohnraumversorgung erfüllen können: Sie fungieren als leistbare Wohnform für Haushalte aus unterschiedlichen Einkommensgruppen, als dauerhaftes Sicherheitsnetz für einkommensschwache Haushalte oder als befristeter „Ambulanzservice“ für Haushalte in akuten Krisensituationen. Die zentrale These lautet, dass diese spezifischen Funktionen des sozialen Wohnungssektors für verschiedene Zeitphasen und unterschiedliche Länderkontexte empirisch nachweisbar sind und im Wesentlichen als Resultat politischer Reformentscheidungen interpretiert werden können. Diese Annahme wird am Beispiel dreier Staaten diskutiert, die in Hinblick auf ihre Systeme der Wohnungsversorgung markant variieren: Österreich, Deutschland und England. Basierend auf Sekundärdaten (OECD, Statistik Austria), Policy-Dokumenten zu wohnungspolitischen Reformen und einer Reinterpretation von internationaler wissenschaftlicher Sekundärliteratur wird gezeigt, dass die Funktionen der sozialen

Wohnungsbestände in den drei Länderkontexten variieren. In England wurde ein deutlich reduzierter *council housing* Sektor zuerst zum Sicherheitsnetz für einkommensschwache Haushalte und jüngst zu einem temporären „Ambulanzservice“ für Wohnungsnotfälle. In Deutschland ist der soziale Wohnungssektor als Sicherheitsnetz zunehmend auf ökonomisch verwundbare Haushalte ohne Wahloptionen auf den Wohnungsmärkten fokussiert. In Österreich zeichnet sich eine Dualisierung ab, da der kommunale Sozialwohnungssektor zu einem Sicherheitsnetz wird, während von gemeinnützigen Bauträgern offerierte Sozialwohnungen als Wohnform für einen Mix an Einkommensgruppen zu charakterisieren sind. Abschließend diskutiert das Paper die Implikationen dieser Befunde für die laufende theoretische Debatte über den Wandel der länderspezifischen Systeme der Wohnraumversorgung und skizziert mögliche Felder für künftige empirische Forschungsarbeiten zu dieser Thematik.

Autor:

Dr. Harald Stöger

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

JKU Linz, Altenbergerstraße 69, 4040 Linz

Harald.stoeger@jku.at

Definition(en) von Energiearmut in Österreich aus Sicht der sozialwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Praxis

Sandra Matzinger, MSc. & Prof. Karin Heitzmann

Das Phänomen der Energiearmut erhält in den letzten Jahren im europäischen Kontext immer mehr Bedeutung, vor allem zurückgehend auf eine Initiative der Europäischen Kommission im Jahr 2016, die die Bekämpfung von Energiearmut auf politischer Ebene verankerte. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung findet bereits seit den 1990er Jahren statt, wenn auch primär auf nationalstaatlicher Ebene im angelsächsischen Raum. Trotz der breiten Rezeption und Verwendung des Begriffes, auch in diversen Studien, die innerhalb des letzten Jahrzehnts für Österreich durchgeführt wurden, ist bis heute unklar, was genau unter dem Begriff Energiearmut zu verstehen ist bzw. wie Energiearmut statistisch erfasst werden kann.

Das vorliegende Projekt versucht Definitionen von Energiearmut in Österreich aus Sicht der sozialwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Praxis zu eruieren. Ausgangsbasis dabei sind Interviews mit ExpertInnen der österreichischen Sozialwirtschaft bzw. Energiewirtschaft, die direkt mit energiearmen Personen zusammenarbeiten (in Form von Beratungen, Informationsbereitstellung, Kundendienst etc.). Im Gegensatz zu bereits existenten Operationalisierungen von Energiearmut soll das Phänomen durch einen „bottom-up“-Zugang besser messbar gemacht bzw. eine Definition oder ggf. mehrere Definitionen erstellt werden, die aus der Praxis kommen, um damit bessere Indikatoren zur empirischen Erfassung entwickeln zu können. Die Interviews werden Leitfadenbasiert durchgeführt, für die Analyse wird ein „open-coding“-Ansatz bzw. die Inhaltsanalyse nach Mayring angewandt. Der Vorteil dieser GesprächspartnerInnen – im Gegensatz zu betroffenen energiearmen Menschen – ist ein breiterer Überblick über unterschiedliche Dimensionen des Problems, die sich aus der sozialarbeiterischen bzw. energiewirtschaftlichen Praxis ergeben. Erste Ergebnisse zeigen, dass vor allem die Vielschichtigkeit des Phänomens die statistische Messbarkeit erschwert, diese in einer Definition aber unbedingt abgebildet werden sollte und daher neben quantitativen auch qualitative Indikatoren entwickelt werden müssen.

Autorinnen:

Sandra Matzinger, MSc. & Prof. Karin Heitzmann Wirtschaftsuniversität Wien

Institut für Sozialpolitik und Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ Welthandelsplatz 1

A-1020 Wien / Österreich

Sandra.Matzinger@wu.ac.at; Karin.Heitzmann@wu.ac.at Tel: 0043-1-31336-4987

11:15 – 12:45 Uhr: Panel Session IV

(7) Policy Design im Gesundheitswesen und im sozialpolitischen Einsatz neuer Technologien

Grenzüberschreitende Nutzung von Gesundheitsleistungen: Österreich als Ziel- und Herkunftsland

August Österle und Carina Diesenreiter
Institut für Sozialpolitik, Wirtschaftsuniversität Wien

Die geplante Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen im Ausland ist zu einem wichtigen Thema der Gesundheitspolitik in Europa geworden: Einerseits entwickelt sich ein privater Medizin“tourismus“markt, der auch PatientInnen aus Ländern mit universellen und qualitativ hochwertigen sozialen Sicherungssystemen, wie Österreich, anspricht, um für medizinische Behandlungen als KonsumentInnen ins Ausland zu reisen. Andererseits schafft eine neue EU-Direktive die Möglichkeit, dass PatientInnen als EU-BürgerInnen geplante medizinische Behandlungen im EU-Ausland in Anspruch nehmen und diese, unter bestimmten Voraussetzungen, zur Gänze oder teilweise refundiert bekommen können. Dieses Papier versucht anhand bestehender PatientInnenströme von und nach Österreich eine Re-Konzeptualisierung der zugrundeliegenden Bestimmungsgünde der grenzüberschreitenden Nutzung von Gesundheitsleistungen vorzunehmen. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten rund um „medical travel“, das in der Literatur primär als von der Globalisierung gestütztes Phänomen des 21. Jahrhunderts verstanden wird, will dieses Papier die Koexistenz verschiedenerer Formen der PatientInnenmobilität aufzeigen und konzeptionell einordnen. Unter Zuhilfenahme und Weiterentwicklung bestehender Konzepte zur internationalen Nachfrage nach planbaren Behandlungen soll aufgezeigt werden, inwiefern sich die grenzüberschreitende Nutzung von Gesundheitsleistungen in ihren Motiven und den geplanten Behandlungen unterscheidet. Basierend auf dieser theoretisch-konzeptionellen Auseinandersetzung wird schließlich eine Verknüpfung mit Fallstudien vorgenommen. Diese beziehen sich auf österreichische PatientInnen, die für geplante Leistungen in ein anderes Land gehen, wie auch internationale PatientInnen, die für Behandlungen nach Österreich kommen. Die ersten Ergebnisse zeigen ein komplexes Zusammenspiel von Gesundheits- und Gesundheitssystemfaktoren wie auch von rechtlichen, ökonomischen und sozialen Bedingungen.

AutorInnen:

Univ.Prof. Dr. August Österle
Wirtschaftsuniversität Wien
Department für Sozioökonomie
Institut für Sozialpolitik
Welthandelsplatz 1
A-1020 Wien
E-Mail: august.osterle@wu.ac.at
Tel: 0043-1-31336-5873

Carina Diesenreiter, Msc (WU)
Wirtschaftsuniversität Wien
Department für Sozioökonomie
Institut für Sozialpolitik
Welthandelsplatz 1
A-1020 Wien
E-Mail: carina.diesenreiter@wu.ac.at
Tel: 0043-1-31336-5882

Welche Anreize bestehen in europäischen Ländern, um die Patientinnen und Patienten zu motivieren, preisgünstigere Arzneimittel nachzufragen?

Margit Gombocz, Nina Zimmermann

Hintergrund und Forschungsfrage:

In Österreich kennen Patientinnen und Patienten den Preis der großteils öffentlich finanzierten Arzneimittel nicht. Versicherte leisten einen Beitrag in Form der Rezeptgebühr für alle Arzneimittel, die zu Lasten der Sozialversicherungsträger abgegeben werden, ungeachtet des Verkaufspreises. Die Studie untersuchte daher, welche Anreizmechanismen in anderen Ländern bestehen, damit Patientinnen und Patienten preisgünstigere Arzneimittel nachfragen.

Methode/Vorgehensweise:

Die Beantwortung der Fragestellung wurde mit zwei methodischen Ansätzen bearbeitet: 1) eine fokussierte Suche in PubMed sowie eine webbasierte Recherche sowie 2) eine Fragebogenerhebung bei dem Netzwerk der zuständigen Behörden für Arzneimittelpreisfestsetzung und –erstattung *Pharmaceutical Pricing and Reimbursement Information*, kurz PPRI, welches 46 europäische Länder und internationale Organisationen umfasst.

Ergebnisse:

Auf Basis der Literaturrecherche liegen Informationen aus 28 Ländern vor, und bei der Fragebogenerhebung langten 14 von 46 möglichen Rückmeldungen ein. Damit wurden 10 der übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie 4 weitere Länder erfasst (Kanada, Norwegen, Südkorea und Russland). Als gängige Maßnahmen wurden identifiziert: 1) nicht monetäre Anreize, wie z. B. die Einbindung der Patientinnen und Patienten (über ihre Interessenvertretungen) in nationale Arzneimittelerstattungsgremien und auch in HTA-Prozesse (7 Länder); und 2) monetäre Anreize, wie etwa die Möglichkeit der Substitution von Originalpräparaten durch Generika seitens von Apotheker/innen (24 Länder), die Verschreibung von Arzneimitteln per internationalem Freinamen durch Ärztinnen/Ärzte (25 Länder) und das Bestehen eines Referenzpreissystems (22 Länder). In einem Referenzpreissystem werden idente oder ähnliche Arzneyspezialitäten einer Gruppe zugeordnet, für die ein einheitlicher Erstattungsbetrag übernommen wird. Da Patientinnen/Patienten die Differenz zwischen Erstattungsbetrag und Apothekenverkaufspreis des Arzneimittels aus der eigenen Tasche zahlen, besteht ein Anreiz, ein preisgünstigeres Arzneimittel nachzufragen.

Diskussion:

Andere Länder setzen auf Mechanismen im Arzneimittelerstattungssystem, um die Nachfrage nach preisgünstigeren Arzneimittel zu fördern. In Österreich besteht weder ein Referenzpreissystem noch Generikasubstitution noch Wirkstoffverordnung.

Institution, Post- und e-mail-Adressen:

Gesundheit Österreich GmbH, Stubenring 6 ,1010 Wien

margit.gombocz@goeg.at

nina.zimmermann@goeg.at

„Smartes Betreutes Wohnen“ –

Herausforderungen in der Umsetzung sozialpolitischer Innovationen

Birgit Trukeschitz

Hintergrund:

Die Digitalisierung verändert mit steigendem Tempo viele unserer Lebensbereiche. Die Integration technischer Errungenschaften in die soziale Arbeit eröffnet neue Möglichkeiten der Unterstützung

betreuungs- und pflegebedürftiger Menschen und bringt auch neue Herausforderungen mit sich. In Österreich gibt es derzeit mehrere Testregionen, in denen neue Technologien für ältere Menschen mit und ohne Betreuungs- und Pflegebedarf entwickelt und getestet werden. Im Bundesland Salzburg wurde das Betreute Wohnen über einen Zeitraum von 15 Monaten im Testbetrieb mit eigens für das Setting entwickelten Prototypen ausgestattet.

Zielsetzung/Methode

Die geplante Präsentation reflektiert vor dem Hintergrund der Kernergebnisse der umfassenden zu Beginn 2018 publizierten Evaluierung der Testregion die Möglichkeiten und Herausforderungen eines zukünftigen Roll-Outs neuer Technologien im Betreuten Wohnen. Neue Technologien wird ein Potenzial zugeschrieben, das Leben in den eigenen vier Wänden im Sinne von Smart Home Lösungen zu modernisieren. Zum anderen wurden technische Lösungen auch für die Hausgemeinschaft erprobt.

Ergebnisse und Diskussion

Der nutzbringende Einsatz neuer Technologien im Sinne eines zukünftigen Smarten Betreuten Wohnens hängt von der gelungenen Gestaltung unterschiedlicher Faktoren und Rahmenbedingungen ab. Diese betreffen nicht nur die Ausgestaltung neuer Technologien, sondern auch das soziale und wirtschaftliche Umfeld.

In einem Setting, in denen Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, sind bedürfnisbezogene, verlässlich funktionierende, einfach zu nutzende und leistbare neue Technologien auch mit umfassendem Datenschutz auszustatten. Technologisch unterstützte Betreuungskonzepte werden Anpassungen des Berufsbilds der sozialen Berufe wie auch der regulatorischen Rahmenbedingungen für das Betreute Wohnen erfordern. Eine rechtzeitige Auseinandersetzung der AnbieterInnen von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen und Financiers mit den Möglichkeiten neuer Technologien kann neue Handlungsspielräume für sozialpolitische Interventionen und Geschäftsfelder in der Sozialwirtschaft eröffnen.

Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Altersökonomie Welthandelsplatz 1, D4
1020 Wien, Österreich birgit.trukeschitz@wu.ac.at

(8) Migration und der sozialpolitische Umgang mit Diversität

Zwischen postkolonialer Logik und Nostalgie: historische (Dis-)Kontinuitäten in der Beschäftigung von migrantischen Pflegekräften

Bernhard Weicht (Institut für Soziologie, Universität Innsbruck, berhard.weicht@uibk.ac.at)

Die Voraussetzungen und Konsequenzen der Beschäftigung von migrantischen Pflegekräften in europäischen Wohlfahrtsstaatssystemen unterliegen dem Zusammenspiel von Sozialpolitik, Migrationspolitik und Arbeitsmarktpolitik. Die konkreten Bedingungen dieser politischen Sektionen müssen allerdings in historischer Perspektive als dynamischer, sich im Zeitablauf entwickelnder Prozess betrachtet werden. Gewollte und zufällige Ergebnisse und Situation erhalten bestimmte Bedeutungen, je nach historischem Kontext.

Basierend auf einem internationalen Forschungsprojekt zur Positionalität von migrantischen Pflegekräften im institutionellen Sektor soll in diesem Paper diese historische Perspektive einen Einblick in die imaginierten und existierenden Brücken (S. Sassen) zwischen Herkunfts- und Zielländern und deren Resultate geben. Drei untersuchte Länder (Österreich, Niederlande, UK) mit unterschiedlichen (post-)kolonialen Geschichten bieten die empirische Basis für die Überlegungen. Migrationsverbindungen, familiäre Verbindungen, historische Konstruktionen und Imaginationen oder

politische Nutzbarmachung von Differenzen sind nur einige Beispiele der geschichtlichen (Dis-)Kontinuitäten, die herausgearbeitet werden. Es wird gezeigt, dass die eigene erfahrene Positionalität in einem Spannungsfeld von postkolonialer Logik und nostalgischer Verklärung stattfindet. Politische Maßnahmen und Entscheidungen nutzen - bewusst und unbewusst - diese historischen Verknüpfungen für die Sicherstellung der Verfügbarkeit von Pflegekräften.

„...jetzt muss man beim AMS schon Fremdsprachen können“ – Wahrnehmung von und Umgang mit sprachlichen Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeitslosenleistungen in Wien

Clara Holzinger

Der Vortrag setzt sich mit Arbeitsvermittlung im Kontext migrationsbedingter sprachlicher Diversität auseinander. Konkret wird am Beispiel des AMS untersucht, wie eine (semi-)staatliche Institution mit Herausforderungen, die sich aus einer zunehmend sprachlich heterogenen Bevölkerung ergeben, umgeht. Dabei wird die Perspektive institutioneller Akteur_innen (AMS-Mitarbeiter_innen) der Kund_innenperspektive von EU-Migrant_innen aus Ungarn gegenübergestellt. Theoretische Basis sind hierbei Bourdieus (1982) Sprachsoziologie und Lipskys (1980) Arbeiten zu den Handlungsbedingungen von street-level bureaucrats. Die empirische Basis der präsentierten Analysen sind Daten, die im Kontext des internationalen und interdisziplinären Projektes TRANSWEL (Fördergeber FWF/NORFACE, Laufzeit 2015-2018; <https://transwel.org/>) erhoben wurden. Orientiert an den methodologischen Prämissen der Grounded Theory wurden dabei qualitative Interviews mit Migrant_innen aus Ungarn sowie AMS-Mitarbeiter_innen in Wien durchgeführt und analysiert.

Der Umgang mit Diversität ist entscheidend für soziale Gerechtigkeit in „super-diversen“ (Vertovec 2007) Migrationsgesellschaften und stellt für alle beteiligten Akteur_innen eine Herausforderung dar. Da Arbeitsmarktzugang wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe ist, stellt in Österreich das Arbeitsmarktservice (AMS) in diesem Zusammenhang eine zentrale Institution dar. Unsere Ergebnisse zeigen, dass es beim Zugang zu Leistungen des AMS zu Problemen kommt, die mit sprachlicher Vielfalt (bzw. dem institutionellen Umgang damit) in Zusammenhang stehen, und sowohl für AMS-Kund_innen als auch auf institutioneller Seite Schwierigkeiten bestehen, die sich u.a. in Sprachbarrieren und Druck auf Mitarbeiter_innen manifestieren. Für letztere wurde der Umgang mit sprachlicher Diversität als zusätzliche Herausforderung in einem als immer komplexer erlebten Berufsfeld beschrieben. Verschiedene Lösungsstrategien konnten dabei sowohl seitens der Migrant_innen (u.a. Rückgriff auf Laiendolmetscher_innen, Aktivierung von sozialen und kulturellen Ressourcen, Hinzuziehen gewerkschaftlicher Organisationen) als auch auf institutioneller Seite (u.a. Rückgriff auf mehrsprachige Mitarbeiter_innen, Abweisung der Zuständigkeit für mehrsprachige Belange, Einsatz neuer Technologie) beobachtet werden. Der Vortrag beleuchtet den in der sozialwissenschaftlichen Literatur wenig behandelten institutionellen Umgangs mit sprachlicher Diversität und leistet so einen innovativen Beitrag zur Sozialpolitikforschung.

Literatur

Bourdieu, Pierre. 1982. *Ce que parler veut dire : L'économie des échanges linguistiques* Paris: Fayard.

Lipsky, Michael. 1980. *Street-level bureaucracy*. New York, NY: Russell Sage Foundation.

Vertovec, Steven. 2007. "Super-diversity and its implications." *Ethnic and Racial Studies* 30 (6):1024-1054. doi: 10.1080/01419870701599465.

Clara Holzinger, MA Lic.

Projektmitarbeiterin

Institut für Soziologie

Universität Wien

Rooseveltplatz 2

A-1090 Wien

Telefon: +43 (1) 4277-49210

clara.holzinger@univie.ac.at

A Chance for Change? Social Attitudes Towards Immigrants and Intergenerational Educational Mobility

Sophie Augustin², Daniela Rroshi³, Alyssa Schneebaum⁴

In this paper, we study how attitudes towards immigrants in Austria may have affected their chances to achieve a higher education level than their parents. Recent work by Oberdabernig and Schneebaum (2017) shows that the probability of intergenerational mobility for immigrants is affected by different personal and household characteristics than those which influence the chances of mobility for natives. However, some factors that are difficult to measure, such as discrimination or social attitudes, might affect the outcomes of immigrants and in particular their opportunities for educational mobility. For instance, Lüdemann and Schwerdt (2013) find evidence of discrimination against second-generation migrants, which hurts their chances for mobility. There are no studies in the literature that have looked at the role that social attitudes towards immigrants play in determining their educational outcomes.

Our contribution to the literature is twofold: first, we propose the innovative use of historical state-level election results dating back to the end of the Second World War combined with data on the electoral programs of the political parties to infer attitudes towards immigrants, and second, we relate this measure to the upward educational mobility of immigrants and natives. Our analysis is based on data from the Comparative Manifesto Project (Volkens et al., 2016) and the fourth wave (2008) of the European Value Study (EVS) for Austria. The EVS allows us to identify the region where the respondent was living when she/he was 14 years old, an indicator that we combine with the election results to approximate the general attitude towards immigrants in that region. The second part of the empirical analysis employs the Oaxaca-Blinder decomposition to identify which portion of the difference in the probability of upward mobility for migrants versus natives is due to the social attitudes of the migrants' area of residence while in school.

The analysis of the historical election and manifesto data show that excluding the 1970s, in the majority of regions negative attitudes towards immigrants prevailed. The decomposition results show that better attitudes towards immigrants improve their chances of being more upward mobile than natives. In terms of policy, the results suggest that addressing the attitudes towards immigrants promotes better educational outcomes and equality of opportunity.

References

Lüdemann, Elke and Guido Schwerdt, "Migration background and educational tracking," *Journal of Population Economics*, 2013, 26 (2), 455-481.

Oberdabernig, Doris Anita and Alyssa Schneebaum, "Catching up: The intergenerational mobility of second generation migrants and natives in Europe," *Applied Economics*, 2017, 49 (37), 3701-3728.

Volkens Andrea, Pola Lehmann, Theres Matthie, Nicolas Merz, and Sven Regel, "The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2016b," 2016.

² Millergasse 25/6, 1060 Wien. E-Mail: phie.augustin1@gmail.com. Tel: +43 699 11035553.

³ Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien. E-Mail: daniela.rroshi@wu.ac.at. Tel: +43 1 31 336 4502.

⁴ Wirtschaftsuniversität Wien, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien. E-Mail: alyssa.schneebaum@wu.ac.at. Tel: +43 1 31 336 5936.